

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Belegpreis:

vierteljährlich 3.00 Mk. mit Frachtkosten.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Bordzettel 30 Pfg.

Die Kettzettel 100 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Altenhausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 25

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Lahn).

Donnerstag, 4. März 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Reichsnotopfer der Arbeit.

Wenn heute an das Kapital gewaltige steuerliche Anforderungen gestellt werden, und dies infolge des verlorenen Krieges und der harten Existenzbedingungen schwerer finanzieller Opfer zu bringen hat, so muß sich auch die Arbeit bereit sein, eine Art Reichsnotopfer auf den Altar des hartbedrängten Vaterlandes zu legen und ihm in seinen Schicksalsstunden zu Hilfe zu eilen. Dieses Opfer muß heißen erhöhte Produktionsleistung, die wiederum in erster Linie ein Merkmal vom harten Prinzip des Achtsundzweiges zur Voraussetzung haben muß. Die erhöhte Produktionsleistung hat vor allem auch in die Erschließung zu finden bei der Kohle. Wenn heute auch von den führenden Stellen der Regierung und den sachverständigsten Kreisen des Wirtschaftslebens die Notwendigkeit einer Steigerung der Kohlenproduktion um 40-50 Millionen Tonnen und die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit um mehr als eine Stunde vertreten wird, wie wird man da den Bergleuten eine Verlängerung ihrer harten Schicht annehmen können, wenn andere Erwerbstätigen für ganz leichte Arbeit nur höchstens 8 Stunden zu schaffen haben!

Kohlenfrage und Achtsundzweigtage sind heute zu den Zentralfragen des Wirtschaftslebens und unserer wirtschaftlichen Existenz geworden. Das muß von nun an mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. In Friedenszeiten förderten wir jährlich 192 Millionen Tonnen, im Jahre 1919 nur 116,5 Millionen Tonnen. Und die folgenden Gerate unserer lebenswichtigen Industrien büßen infolge des Kohlenmangels außerordentlich an Produktionsfähigkeit ein. Die Zementindustrie verbraucht im Frieden monatlich 500 000 Tonnen Kohle, jetzt erhält sie monatlich 65 000 Tonnen Kohle, darunter sind jetzt geringwertige Kohlenformen. Die Metallindustrie verbraucht im Frieden monatlich 250 000 Tonnen Kohle, jetzt bekommt sie monatlich 70 000 Tonnen Kohle, darunter sind Rohbraunkohlen und Landabfälle. Die Porzellanindustrie verbraucht im Frieden monatlich 60 000 Tonnen, jetzt besteht sie monatlich 25 000 Tonnen Kohle. An Ziegeln hatten wir vor dem Kriege 18 000 im Betrieb, heute können infolge Kohlenmangels nur 1200 bis 1300 arbeiten.

Ganz besonders zeigen sich die verhängnisvollen Auswirkungen unserer Kohlennot in Verbindung mit den Transportverweigerungen bei der Metallindustrie. Maßgebende Industrielle sind der Ansicht, daß unter normalen Arbeitsbedingungen die Produktion der deutschen Metallindustrie, die im Jahre 1913 mit rund 11 Millionen Doppelzentner ihren höchsten Stand erreichte, umschwer auf 20 Millionen Doppelzentner reines Metall gesteigert werden kann. Es gehört daher keine besondere Phantasie zu der Erkenntnis, daß die Industrie, deren Produktion für uns einen Goldschatz darstellen, wie kaum eine andere Industrie infolge der durch Ausnutzung der fast unbegrenzten ausländischen Absatzmöglichkeiten zur Hebung unserer Marktwirtschaft und damit zur Wiedergewinnung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Große Sorge bereitet nur, wie gesagt, die Kohlen- und damit im Zusammenhang stehende Transportfrage. Mehr als 100 Kapitalproduktionsstätten von etwa 200 müssen, weil sie nicht genügend mit Brennstoff versorgt werden können, still liegen. Damit können wir unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung besser gestalten.

Während uns eine größere Lebensmittelmenge vor allem auch die heimische Landwirtschaft liefern könnte, wenn sie sich der chemischen Industrie mit mehr Düngemittel versehen würde, was für die letztere hinwiederum eine stärkere Versorgung mit Kohlen zur Vorbedingung hätte, sind wir für den Rohstoffbezug vornehmlich auf das Ausland angewiesen.

Aus vorstehenden wenigen Angaben leuchtet bereits hervor, von wie weitreichenden Wirkungen ein Reichsnotopfer sein kann. Die günstigen Folgen werden nicht ausbleiben. So wird — um nur einiges herauszugreifen — das Ausland entsprechend der Steigerung des Vertrauens auf die Wiedergewinnung des deutschen Wirtschaftslebens mit einer Höherbewertung der Mark aufwerten und im Inlande wird eine Erhöhung der Produktion eintreten, die ihrerseits wieder verbilligend auf den Preisstand zurückwirken muß. Was die auf diese Art ersetzte Verbilligung der Lebenshaltung gerade für die Arbeiterklasse zu bedeuten hat, ist so offensichtlich, daß kein Wort darüber verloren zu werden braucht. — Den zu erwartenden Vorteilen stehen Nachteile überhaupt nicht gegenüber. Es ist deshalb mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die Regierung in Verwirklichung ihrer eigenen Forderungen so schnell wie möglich in eine Beratung der praktischen Durchführung des Reichsnotopfers eintritt.

Die preußische Verfassung.

Der Entwurf einer Verfassung für Preußen ist der preußischen Landesversammlung zugegangen. Der Entwurf regelt die Materie in 69 Paragraphen.

Im ersten Abschnitt, der über den Staat spricht, wird Preußen als Republik und als Glied des Deutschen Reiches bezeichnet. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes.

Nach dem Landtag wird bestimmt, daß er auf vier Jahre gewählt wird. Alle Sitzungen des Landtages sind öffentlich. Auf Antrag von mindestens 50 Mitgliedern kann der Landtag aber die Ausschließung der Öffentlichkeit beschließen.

Der Präsident des Landtages beruft den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister. Das Staatsministerium ernannt die Beamten. Der Landtag kann dem Staatsministerium oder einem einzelnen Mitglied durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entziehen. Dieser Beschluß ist nur wirksam, wenn ihm mindestens die Hälfte der Landtagsabgeordneten zustimmt. Der Landtag ist berechtigt, jeden Minister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, wenn er schuldhafterweise die Verfassung oder die Gesetze verletzt. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern des Landtages unterzeichnet sein.

Ein Gesetz ist verbindlich, wenn es vom Landtag gebilligt und vom Staatsministerium in der vorgeschriebenen Form veröffentlicht worden ist.

Eine der wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs ist zweifellos der § 50, der zur Mitwirkung von Gesetzen von finanzieller Bedeutung die Einrichtung eines Finanzrates fordert. Die Sitzungen dieses Finanzrates sind nicht öffentlich. Die Zustimmung des Finanzrates ist einzuholen.

1. wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgesehenen oder bewilligten Betrag hinausgehen; 2. für neue Steuern; 3. für die Aufnahme von Anleihen; 4. für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder die durch Anleihen gedeckt werden sollen.

Unter den sämtlichen Bestimmungen wird zweifellos die über den neuen Finanzrat am lebhaftesten umstritten werden, da dieser Körperschaft der Charakter eines Oberhauses oder einer zweiten Kammer innewohnt.

Volkswirtschaftliches.

Die Abschaffung des Geldes.

Zu den Grundfragen der sogenannten politischen Sozialistik gehört der Satz, daß im sozialistischen Staat kein Geld im Umlauf sein werde. Unter den kommunistischen Kreisen findet sich aber immer häufiger die Forderung auf, durch Aufhebung des Geldes aller Not ein Ende zu machen. Der Staat soll jedem nach seinen Bedürfnissen die vorhandenen Güter zuteilen, jeder Kauf soll abgeschafft werden. Es ist wichtig genug zu bemerken, daß ein Kommunist wie Julian Borchardt in seinen „Vorschlägen“ gegen diese Forderung als gegen einen Irrglauben sich wendet! Er führt mit Recht aus, daß im Geld keine irgendwie geheimnisvolle Macht verborgen liegt; es ist nichts, als ein Werkzeug des Austausches. Mit der Einführung der Arbeitsteilung schaffe jeder eben nicht mehr nur für seinen eigenen Bedarf, und die hergestellten Waren müßten unter ihren Herstellern getauscht werden, damit jeder seine Bedürfnisse befriedigen konnte. Die Waren, deren Wert durchaus konstant war, Gold und Silber, wurden auch der Form ihrer Verarbeitung wegen als die geeigneten Instrumente des Tauschverkehrs angesehen und so zum allgemeinen Wertmesser. Das Geld ist also nicht als ein Symptom der Warenproduktion, und nur mit der Warenproduktion selbst kann das Geld verschwinden. Nicht weil die Menschen das Geld hatten, produzierten sie Waren zum Verkauf und gingen später zum Marktplatz, sondern weil sie die Waren teilen und Waren austauschten, was später zum Kapitalismus führte, deshalb brachten sie Geld. Wenn man heute durch ein Staatsgesetz das Geld abschaffen wollte, so müßte man ein neues Tauschmittel finden, und dieses wäre dann eben wieder nichts anderes als „Geld“. Für den Sozialisten, sagt Borchardt sehr richtig, kommt es vor allem nicht das Tauschmittel zu beseitigen, sondern den Tausch selbst.

Leider ist sich Julian Borchardt nicht mehr darüber aus, wie er es heute anfangen will, die Warenproduktion zu beseitigen, d. h. die kapitalistische Wirtschaftsform abzuschaffen. All die Erörterungen über Kollektalisierung laufen ja auf nichts weiter hinaus, als auf die Abschaffung des kapitalistischen Systems, die Erhebung der Privatunternehmer durch den Staat. In Russland, dem kapitalistischen Beispiel des sozialistischen Experimentes, hat es sich gezeigt, daß auch dort das Geld nicht abgeschafft werden konnte, daß also nach dem von dem kommunistischen Verband gezogenen Schluß, der auch die Warenproduktion, der Tauschverkehr, insgesamt als die kapitalistische Wirtschaft, nicht entbehrt werden konnte. Es kann eben keine Rede davon sein, daß bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen der Kapitalismus bereits diejenige Reife erreicht habe, von der er von selbst sich zum Sozialismus wandelt, wie Karl Marx erwartete. Ob dies überhaupt einmal geschehen wird, kann dahingestellt bleiben, vorläufig besteht wenig Aussicht auf baldige Erfüllung. Da eine organisierte, planmäßige Wirtschaft der gesamten Gesellschaft schon der Rohstoffquellen, d. h. des gesamten internationalen Geldmarktes wegen ein Umling ist, so kann auch nicht ein anders als kapitalistisch, d. h. in wesentlichen durch Unternehmer, produziert werden. So lange muß auch dem Austausch

der produzierten Waren ein Wertmesser zugrunde gelegt werden: dieser Wertmesser eben ist das Geld.

In Zeiten sinkenden Kredits und schwindender Sachwerte, wie sie Deutschland heute erlebt, ist die Geldbewertung allerdings beinahe mit einem Geldschwund zu vergleichen. Aber dieses Ereignis bedeutet nun nicht etwa eine Tendenz, die auf die Aufhebung des Geldes abzielt, sondern vielmehr das Gegenteil. Die Wertmesser der anderen Staaten gelten als zuverlässiger als der inländische, und das Geld zeigt seine Macht und seine Lebensfähigkeit gerade dadurch, daß es ein bestimmtes Geld, die deutsche und die polnische Mark, die österreichische Krone und andere Währungen als unzureichend bezeichnet, um fremdes Geld und Sachwerte, insbesondere Rohstoffe der neutralen und Entente-Länder vollwertig zu messen.

Neues von der Grippe.

Geh. Rat Friedrich Kraus, der hervorragende Berliner Kliniker, teilt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ seine letzten Erfahrungen mit der Grippe mit. Ueber die zitternartige Ausbreitung der Grippe seilen uns augenblicklich, so schreibt übrigens die Zeitschrift an anderer Stelle, genügend amtliche Unterlagen. In Wien ist die Grippeanfechtung, bei uns nicht. So ist man, um ein Bild über die Zahl der Grippekranken zu gewinnen, auf andere Angaben angewiesen. Die Höchstzahl der täglichen Krankmeldungen an Grippe bei der Berliner Ordonnanzstelle beträgt augenblicklich 805, während sie im Oktober 1918 auf 1737 anstieg. Von den 4000 in den ersten zehn Februartagen gemeldeten Erkrankungen verließen 44 tödlich. Verglichen mit der Grippe-epidemie 1918, ist also die jetzt auftretende Grippe der Erkrankungen keine so weitgehende. Viel schärfer als bisher, so betont Kraus, soll in rein klinischem Betracht unterschieden werden zwischen den immer sporadisch oder gehäuft vorkommenden infektiösen Erkrankungen mit influenzaähnlichem Symptomenbild und der wohl noch eine zeitlang wiederkehrenden andemischen Infuenza, die eingehende Berücksichtigung aller klinischen Zeichen schon zu Beginn der Krankheit kann und muß den Ausschlag geben für die Erkennung der pandemischen Infuenza. Die Pseudo-Infuenza in ihren verschiedenen Formen tritt auf durch ihre Neigung zu Rückfällen. Die Infuenza schließt, wenigstens für gewisse Zeit, eine Widerstandskraft gegen die Krankheit zu hinterlassen. Auf die Unterscheidung des Anfangs und des Niederstadiums der Infuenza ist nicht allzuviel Verlaß! Die Früh Symptome von Grippe neben der allgemeinen Abgeschlagenheit, dem Gliederweh, dem Kopf- und Augenschmerz, werden dann von Kraus aufgeführt. Auch in Berlin weist jetzt die Infuenza öfter von Anfang an vorwiegend nervöse Symptome auf. Die Schwere der Erkrankung ist aber doch in der Regel bedingt durch die frühzeitige, am dritten oder vierten Krankheitsstag, manchmal aber auch später unter Seitenkrämpfen sich hinzugesellende Broncho-Pneumonie. Charakteristisch ist es, daß die auf 39-40,5 Grad Celsius erhöhte Temperatur, wenn sie nicht nach 2-3 Tagen abfällt, zunächst unregelmäßig wird, in ihren Kurven bestimmt ist durch die Art der Kompensation. In Bezug auf diese ist zu sagen, daß sie oft gerade da hervortritt, wenn der Patient überhaupt keine geringste Widerstandskraft hat. Kraus gibt regelmäßig Grippefieber und Euphorie, erwähnt aber zur größten Vorsicht wegen der Gefahr des letzteren Mittels für die Augen. Endlich erfordert das oft hässliche, nachgiebige Stadium, gerade auch nach leichterem und mittelschwerem Verlauf, besonders wenn Schnupfen und Bronchitis fortauern, unsere besondere Sorgfalt. Bronchopneumonische Prozesse können selbst mehrere Tage nach der Entfieberung sich noch einstellen. Kraus hat bisher geglaubt, daß die Nieren bei Infuenza wenig geschädigt sind. Es scheinen aber doch Ausnahmen vorzukommen.

Gerichtszeitung.

Millionenschwindlerin.

Die Berl. Reihe der weiblichen Millionenschwindlerinnen von der Schläge der Frau Margarete Kupfer in Berlin, der Frau Gohla in Breslau und der Frau Juchacz in Posen, erhielt jetzt eine Ergänzung durch die Tat einer erst 32 Jahre alten Frau Kaucz in Halle, die sich in diesen Tagen vor der dortigen Strafkammer unter der Anklage des Betrugs und der Unterschlagung zu verantworten hat. Die Angeklagte hat mit geradezu erstaunlicher Geschicklichkeit die vielgewandte Millionenschwindlerin Frau Gohla in Breslau fast in allen Einzelheiten kopiert und es ebenso wie diese verstanden, viele Hunderte von denen, die nun einmal nicht alle werden, hinter sich zu führen. Als Frau eines Telegraphenverwalters in Halle spielte sie die Angeklagte als angebliche Agentin des Hauptmanns Böhm des Gefangenenerlösers in Mersburg auf, der angeblich mit Kriegslieferungen beauftragt war und die besten Verbindungen zu den leitenden Männern der Regierung und den großen Industrie-Konzernen wie Krupp, Thyssen, Daimler usw. unterhalten sollte. Zur Ausnutzung dieser Verbindung war natürlich Geld nötig und dieses wurde der Angeklagten in Beträgen von vielen Hunderten auf den Mark von allen Seiten zugesandt. Gleich bei der Eingabe erhielt sie die gläubigen Schuldlosen über den doppelten Betrag und

Da die Angeklagte mittraulich gewordene Leute auf Wunsch den doppelten Betrag sofort auszahlte, erbt sie bald unbegrenzten Kredit und konnte in Halle wie eine Fürstin leben. In den großen Konfektionsgeschäften, den Juwelenschäften, aber auch in den Weinstuben der Stadt war sie ein geliebter Besuch und zahlreiche Geheimnisse: Reisen nach Berlin vermittelte nur den Glauben an ihre hohen Beziehungen.

Auch zum Theater unterhielt die Angeklagte allerlei Beziehungen, kaufte u. a. einer Opernsängerin eine Reihe neuer Kostüme und richtete sich schließlich mit einer jungen Witwe in einer Villa in der Zitadelle ein. Diese ihr ganz ergebene Geliebte trug durch ihre Erzählungen auch noch zur Hebung des Ansehens der Angeklagten bei. Der Bruder der Angeklagten sagte in der Verhandlung aus, daß er sie einmal auf einem Abschied nach Berlin begleitet habe, wo sie in einem Weinlokal von vierzehn bis fünfzehn adeligen Herren mit Jubel empfangen worden sei. Das seltsame Leben mit ihnen habe durch drei Tage gedauert und der Zeuge ist der Meinung, daß alle diese Leute mit der Angeklagten unter einer Decke steckten. Er erinnerte sich, nach ihrem Namen befragt, aber nur noch eines Grafen Gehlmann und eines Freiherrn Alexander von Maffow; der erstere hat sich jedoch inzwischen erschossen und der andere ist nach Amerika abgereist. Ebenso wie bei der Frau Gehlmann in Breslau wurde auch bei der Angeklagten zunächst vermutet, daß sie im Dienste der ausländischen Spionage stünde und deshalb wurde ihre Verhaftung vorgenommen. Sie wurde dann aber wieder aus der Untersuchungshaft entlassen, weil sie angeblich in Hoffnung war. Als bald nach ihrer Verhaftung tauchten dann Briefe ihres angeblichen Mitäters, des Hauptmann Böhm auf, über dessen Existenz jedoch in der Verhandlung nichts festgestellt werden konnte.

Von den schwergeschädigten Zeugen, die teilweise Beträge von 50—70 000 Mark hergegeben haben, vielfach auch noch ihre Lebensversicherung verpfändeten, war nur ein kleiner Teil zur Stelle, da andere wohl ein begründetes Interesse daran hatten über Geldgeschäfte vor Gericht nichts auszusagen. Manche Zeugen haben den Glauben an die Angeklagte auch heute noch nicht verloren. Wenn Leute aus der Provinz Sachsen meldeten sich auch zahlreiche Geschädigte aus Hannover, Braunschweig, Hamburg und Köln. Frau Lanrentz wurde schließlich zu drei Jahren Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust verurteilt und sofort in Haft genommen.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 28. Febr.

Die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichs-Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Reil (Soz.): Wenn das alte Regime von Beginn des Krieges an eine vernünftige Steuerpolitik getrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich keine Bankrot-Politik getrieben so brauchten wir heute keine Suppe nicht auszuessen. Die Sozialdemokraten sind an dem unergiebigen Schauplatz in Moskau nicht beteiligt. Sie hatten schon seit Kriegsbeginn eine Kriegsgewinnsteuer gefordert, ebenso den Ausbau der Erbschaftsteuer. Das Prinzip der progressiven Einkommensteuer ist sozialdemokratisch. Im einzelnen haben wir Sozialdemokraten und die Gestaltung des Gesetzes anders gedacht. Die Steuer muß aber nun, den Verhältnissen folgend, in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Es ist zu hoffen, daß die Schonung kriegsreicher Familien noch weiter ausgedehnt werden könne. Der Bedarf des Reiches für die nächsten Jahre ist noch lange nicht gedeckt, zumal die Verpflichtungen aus dem Friedensverträge noch gar nicht zu übersehen sind. Bei aller Vorschau der hohen Aufgaben, die Länder und Gemeinden zu erfüllen haben, bleibt doch die Hauptlast das Reich lebensfähig zu erhalten und seine Schulden abzubauen. Es gilt schnell zu handeln. Die Beschlüsse mögen sich ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt werden.

Abg. Polmann (Dem.): Ueber das Ergebnis der Einnahmen von 1919 und den Bedarf für 1920 liegen noch keine genauen Angaben vor. Die drei Löcher im Westen, Norden und Osten sind noch immer offen. Die Warenproduktion deckt noch nicht den Bedarf; es müssen noch immer Waren importiert werden. So fehlen also alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines Etats, weil sich die gesamte Volkswirtschaft nicht in einem festen und übersehbaren Zustand befindet. Denn es kommt weniger auf die Art der Besteuerung an, als darauf, festzustellen, welche Steuerhöhe von der Volkswirtschaft ertragen werden kann. Sparanreiz und Mehrarbeit sind notwendiger denn je. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß so geregelt werden, daß niemand denken kann, er brauche nicht zu arbeiten. Immerhin muß jetzt unsere Sorge sein, die Kasse des Reichs zu füllen. Das Reich braucht das Geld und so müssen wir die Steuererträge bewilligen. Bei einer Art organisierter Wirtschaft — um das Wort Parlamentarismus zu vermeiden — werden wir verbleiben müssen. Die derzeitige Steuererhebung wird seinen ausgedehnten Bestand haben. Die Budgetkommission drückt darauf, daß hohe Steuern einkommen. Das ist auch zurzeit eines der wenigen Mittel, den Notenumlauf abzubauen. Nur eine gute, aktive auswärtige Politik kann uns aus den wirtschaftlichen und finanziellen Notlagen retten.

Abg. Dr. Dietrich (Dnat. Ep.): Vom tatsächlichen Standpunkt aus sind wir Gegner der jetzigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es daher ab, den Männern, die am Ruder sind eine solche Fülle von Macht zu übertragen, wie sie diese Steuererhebung mit sich bringen. Zunächst haben wir an ihnen mitzuarbeiten, aber die Verantwortlichkeit für diese Steuern tragen die Reichsparer. Die Steuererträge liegen jetzt erst in ihrer Gesamtheit vor und ermöglichen jetzt erst den so notwendigen Uebersicht. Sie lassen sich: volkswirtschaftliche Rücksichtnahme vergessen und sind rein nach finanziellen Gesichtspunkten gearbeitet. Das für unsere Volkswirtschaft Grundsätzliche ist mit diesen Steuern längst überschritten. Ueberall sehen wir eine fortschreitende Wirkung der neuen Steuern, noch ehe sie in Kraft getreten sind, überall Verschwendungssucht und Arbeitslosigkeit, weil der Staat ja doch alles nimmt. Das Ministerium hat es, wie wir beurteilen, aber empfunden, daß es, wie meiner Partei das Attentat angehängt wurde. Wenn einem Zentrumsmittglied Schieberlein oder falsche Steuerdeklarationen nachgewiesen würden, so dürfte doch niemand sagen, das Zentrum bestehe aus Schiebern und Defraudanten. Wir werden auch im Plenum eine Reihe von Änderungsanträgen stellen. Die Steuererträge im ganzen sind für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Ep.): Die Finanzpolitik Helfferichs war diktiert von dem Gefühl, daß wir damals alle teils. nämlich, daß wir siegen würden. Zentrum und Demokraten haben der damaligen Finanzpolitik zugestimmt. Alle unsere Bemühungen werden nutzlos sein, solange nicht das Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Gesundung zurückkehrt, im Inlande und vor allem im Auslande, und das wir nun einmal brauchen, Länder und Gemeinden müssen gegenüber dem Reich zurücktreten; damit müssen wir uns abfinden. Der Ausbau der einzelnen Steuern darf nicht so kompliziert gestaltet werden, daß ihre Ausführbarkeit daran scheitert.

Abg. Herold (Zentr.): Unsere Anträge zu den Steuererträgen bei der Ausschussberatung sind aus unserer Mitte hervorgegangen, ohne Rücksichtnahme mit dem Finanzminister. In dieser schweren Zeit sollte keine Partei die Verantwortung für die geschaffenen Gesetze ablehnen. Den Etat haben wir auch während des Kampfes nicht abgelehnt. Wir hoffen, daß das Einkommensteuergesetz so gestaltet wird, daß es trotz der schweren Belastung der Bevölkerung annehmbar sein wird.

Abg. Dürr (U. Soz.): Das Steuerrecht ist eine wichtige Grundlage für die Gestaltung der Volkswirtschaft. Die Steuererträge werden immer weiter steigen.

§ 1 wird angenommen. Fortsetzung Montag 1 Uhr. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Berlin, 1. März.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 25 Min.

Abg. Gohm (Soz.) bemerkt vor Eintritt in die Tagesordnung zur Geschäftsordnung, seine Partei werde im Laufe der Sitzung einen Antrag einbringen, die Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, welche die Strafeimmungen verschiebt, indem sie Todesstrafe bei Brandstiftungen usw. einführt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Straftaten und Kriegsverbrechen. Das Gesetz geht ohne Aussprache an den Verfassungsausschuß. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes. Zu § 2 (persönliche Steuerpflicht) befragt.

Abg. Dr. Becker-Hessen (Dnat. Ep.) einen Antrag, der doppelte Besteuerung auf das Einkommen aus ausländischem Grundbesitz verhindern soll. Es ist glaubhaft nachgewiesen, daß der Steuerpflichtige sich nicht seinen inländischen Steuerpflichten durch den ausländischen Besitz hat entziehen wollen.

Abg. Blund (Dem.): Der Antrag würde internationale Abmachungen erschweren. Regierungen werden erwidern, daß bei doppelter Besteuerung das weitgehendste Entgegenkommen geübt werden soll. Der Antrag Dr. Becker wird abgelehnt. § 2 angenommen ebenso weitere Paragraphen. Zu § 12 befragt.

Abg. Wetlich (Dnat. Ep.) einen Antrag, daß Gewinne aus Veräußerung von Grundstücken nicht steuerbar sein sollen, es sei denn, daß die Grundstücke innerhalb der letzten fünf Jahre erworben wären. (Vorlage 10 Jahre.)

Abg. Seger (U. Soz.) wendet sich gegen eine in § 12 ausgesprochene Bevorzugung der Reichswehr durch Steuerfreiheit ihrer Realabzüge.

Unterstaatssekretär Mölle bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen, die Anträge aber abzulehnen. Bei der Abstimmung über den Antrag Wetlich blüht das Ergebnis zweifelsfrei, weil während der Stimmzählung noch Abgeordnete den Saal betreten.

Präsident Fehrenbach: Es ist ein Gluck, daß die Herren bei der Abstimmung nicht im Saale sind, sondern im Plenarsaal. Der Sammelruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Hauses. Für den Antrag haben 87, gegen ihn 100 Abgeordnete gestimmt.

Schluß 2 1/2 Uhr. Fortsetzung 2 1/2 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 55 Uhr. Er bemerkt: Vielleicht gelingt es den Herren Fraktionsführern, das Pflichtgefühl der Abgeordneten so weit zu stärken, daß im Laufe der Woche noch einmal ein beschlußfähiges Haus zusammenkommt. Die Beratung wird fortgesetzt. § 12 wird in der Ausschussfassung angenommen, abgesehen von dem Antrag Wetlich zu Abs. 12, der zurückgestellt wird. Zu § 13 beantragt Abg. Wetlich (Dnat. Ep.), daß vom Gesamtertrag der Einkünfte auch in Abzug zu bringen sei angemessene Rückstellungen für Erneuerungen.

Abg. Gohm (U. Soz.) beantragt, daß auch in Abzug gebracht werden dürfen Beiträge zu politischen, wohltätigen und kulturellen Vereinen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Unterstaatssekretär Mölle spricht gegen beide Anträge.

Der Antrag wird bis zur dritten Lesung zurückgezogen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Ep.) beantragt das Verbot, zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen usw. abziehbar zu sein.

Abg. Reil (Soz.) begründet ebenfalls mehrte Änderungsanträge. Nach weiterer Debatte werden die Anträge Reil und der Antrag Becker betr. die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen angenommen, die übrigen Anträge werden abgelehnt. Zu § 16 wird ein Antrag Dr. Becker-Hessen angenommen, wonach das Einkommen des Haushaltungsvorstandes und seiner minderjährigen Kinder zusammen berechnet werden soll. Die Paragraphen 19 und 20 werden gemeinsam beraten.

Abg. Seger (U. Soz.) begründet Änderungsanträge seiner Partei, die eine Erhöhung des Existenzminimums und eine Weiterführung der Staffelung bis 85 v. H. bezwecken. Abg. Dürr (U. Soz.) führt dies weiter aus und betont, daß diese Anträge nicht aus ogliatorischen Absichten gestellt seien.

Abg. Reil (Soz.): Die Anträge der Unabhängigen sind unmöglich, weil das Staatswesen dabei nicht bestehen kann. Redner begründet einen Antrag Dr. Blund (Dem. u. Gen.), auf den sich die Reichsparteien und die Reichsgemeinschaft haben, wonach der dem steuerfreien Einkommen hinzuzurechnende Betrag sich bei einem Steuerpflichtigen bezogen steuerbares Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und jede weitere zur Haushaltung zählende Person erhöht, sofern letztere das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Unterstaatssekretär Mölle erklärt den Antrag der Unabhängigen auf Heraushebung der steuerfreien Grenze für unannehmbar. Der Antrag Blund sei mit einem neuen und mit einem anderen Auge zu betrachten, aber schließlich könne man darüber reden. § 19 wird mit dem Antrag Blund angenommen. § 20 in der Ausschuss-

fassung angenommen wird ferner der Antrag Blund einen § 55a einzufügen, wonach im Anschluß an den Antrag Blund (zu § 19) der § 34 des Einkommensteuergesetzes ausgetilgt wird.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung; vorher Anträge. Nachher weitere Steuererträge.

Die Unabhängigen hatten beantragt, ihren Antrag betr. die Verordnung des Reichspräsidenten morgen an die Tagesordnung zu setzen. Da Widerspruch erfolgte, wird dieser Antrag erst Mittwoch verhandelt werden. Schluß 6 Uhr.

Abfindung der Hohenzollern.

Entgegen dem aufgeregten Gerede, das ein Teil der sozialdemokratischen Partei zur Schau trägt, wird in parlamentarischen Kreisen mit einer glatten Erledigung des Vertrags mit der Krone gerechnet. Minister Süßow hält an dem Ergebnis der Verhandlungen, die er im Auftrage des ganzen Kabinetts geführt hat, fest und wird für die Vorlage mit allem Nachdruck eintreten. Es ist anzunehmen, daß die nichtsozialdemokratischen Parteien dem Vertrag ohne Ausnahme zustimmen werden. Ausschlaggebend ist dabei, daß die Annahme der Reichsregierung lediglich eine Verzögerung darstellen würde, die in einem späteren Stadium zu einer Erneuerung der jetzigen Auseinandersetzungen führen müßte. Entgegen den phantastischen Berechnungen über Milliardenprojekte der Hohenzollern wird darauf hingewiesen, daß die Vermögenswerte, aus denen in Zukunft der Unterhalt der hohenzollerischen Familien bestreiten werden soll, nach Abzug der Steuern auch im günstigsten Falle nicht über einen standesgemäßen Unterhalt in bescheidenem Ausmaß hinausgehen. Von der beabsichtigten Entschädigung von 700 Millionen erhält die Krone überhaupt nichts. Dieser Betrag wird vielmehr dem Reich überwiesen, um daraus das Reichslokaloper usw. zu decken. Der Besitz an Vermögenswerten, die durch den Vertrag der Krone verbleiben, müßte einen jährlichen Ertrag von 100 Mill. Mark abwerfen, um einen jährlichen Aufwand von 3 Mill. Mark zu gestatten, denn nach den neuen Steuererträgen sind an Einkommens- und Erbschaftsteuern 7 Mill. Mark zu entrichten. Nimmt man an, daß die einzelnen Haushaltungen, um die es sich handelt, jährlich mit 100 000 Mark dotiert würden, so ergibt das einen Betrag von 1 600 000 Mark. Die Aufwendungen für das kaiserliche Paar und den Kronprinzen sind in hohenzollerischen Gulden zu berechnen. Zu diesen Aufwendungen kommt noch die Unterhaltspflicht für verschiedene öffentliche Parks, die Kellereien usw. Bei der finanziellen Beurteilung der ganzen Frage muß beobachtet werden, daß nicht die imaginären Werte in Betracht kommen, die nicht realisiert werden können, sondern nur die Beträge, die den Lebensbedarf der beteiligten Familien decken.

Regierungskrise?

In einer Unterredung, die der Minister Dr. Helfferich einem Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gewährte, sagte er über die Regierungskrise:

„Entscheidet das Gericht zu Ungunsten Erzbergers, dann wird es wahrscheinlich große Veränderungen im Reichskabinett geben. Aus dem einfachen Grunde, weil dann ein neuer Ausgleich unter den Koalitionspartnern geschaffen werden muß. Andererseits bringt der Gedanke immer mehr hervor, daß trotz der Koalition die Entpolisierung gewisser Kreise eine Notwendigkeit ist.“

In der „Grimonia“ wird gesagt: Die Opposition von rechts und links möge bedenken, daß die Sprengung der Koalition nicht der Beginn ihrer Herrschaft sein könnte. Die Überzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung der gegenwärtigen Politik ist im Zentrum so fest begründet, daß das Ausscheiden einzelner Persönlichkeiten nichts daran ändern würde.

Die russische Frage.

In einer Rede, die der Abg. Dr. Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Duisburg hielt, betonte er die Einheitsfront aller Parteien in allen Fragen der Außenpolitik. Er wies auf die Umwälzung in England hin, der eine Schonung Deutschlands verlangt, gewisse Zugeständnisse macht und auch von einer Revision des Versailler Vertrages spricht. Dieser Umwälzung rühre von der Seite der englischen Weltmächte vor der russischen Macht der Dr. Stresemann machte in erheblicher Weise über das Angebot Deutschlands an Deutschland, in dem Deutschland aufgefressen wird, unvorteilhaft die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufzunehmen. Der Redner erklärte, daß er keine Bedenken habe, sofort in Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland einzutreten.

Deutsch-polnischer Konflikt.

Der Präsident Ritzmann vom Landesfinanzamt in Ostpreußen, Mitglied der deutschen Delegation für Verlehrsangelegenheiten in Warschau, berichtet über den polnischen Standpunkt bei den Verhandlungen über den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen u. a.: Einen Durchgangsverkehr vom Rumpfe Deutschlands nach Ostpreußen durch Polen gibt es nicht, denn Polen und Litauen grenzen gar nicht aneinander, weil der Freistaat Litauen und die Abhängigkeitsgebiete Litauens und Ostpreußen dazwischen liegen. Polen will verhandeln mit Litauen und den alliierten Verwaltungsbereichen. Es erlaßt die Souveränität Deutschlands über die Abhängigkeitsgebiete nicht mehr an und will die volle, rechtlich nur durch die alliierten Ausschüsse vertreten wissen. Es regiert auf Anordnung des auswärtigen Amtes in Berlin Protest eingeleitet. Die von polnischen Finanzministern unter der Hand mitgeteilten Vorschläge für das Zollverfahren bei dem Übergang aus Deutschland nach Polen sind umgekehrt erdrosselt den Verkehr vollständig. Bezüglich des Bahnverkehrs besteht Polen auch für den Durchgangsverkehr auf allen meinen Fahrwegen (Art. 98 des Versailler Vertrages) garantiert Deutschland die volle Möglichkeit des Eisenbahn-, Trakt- und Fernsprechverkehrs nach Ostpreußen. (D. Neb.)

Ungarns Reichsverweser.

Die ungarische Nationalversammlung wählte den Admiral Nikolaus von Horthy zum Reichsverweser, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, die Wahlgesetzkraft zu geben und ein Ehrenhonorar von 3 Millionen Kronen für den Verweser auszusprechen.

für sofort gesucht.
Frau Leicher, Nassau.

Die Schäden der Landwirtschaft.

In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung eine außerordentliche Höhe erreicht. Sie wurde, was die Inanspruchnahme der Bodenschätze für die Nahrungsmittelherstellung betrifft, nur von Belgien und was die Höhe der Ernteerträge auf die Flächeneinheit anbelangt, nur von Belgien und Holland übertroffen. Wenn man die in Deutschland zu ernährende Bevölkerung auf etwa 68 Millionen annimmt, so wurden aus eigener Erzeugung etwa 56-58 Millionen ernährt. Von den 190 Menschen, die in Deutschland auf das Quadratkilometer landwirtschaftlich benutzter Fläche entfielen lebten somit 150 aus eigener Erzeugung. Zur Ernährung eines Menschen genügt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von durchschnittlich zwei Drittel Hektar.

Während die pflanzliche Nahrung der Menschen in der Hauptsache im Inlande gewonnen wurde, stammte ein erheblicher Teil der Nahrung tierischen Ursprungs (Fleisch und Milch) aus dem Ausland. Zwar war die unmittelbare Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs nur gering. Dessen mehr aber waren wir von der Einfuhr ausländischer Futtermittel abhängig, darauf beruhte ein großer Teil unserer starken Schweinemast. Ferner entfielen 50 Prozent unseres Verbrauchs an Milch und Molkeerzeugnissen, 33 Prozent der Erzeugnisse der Geflügelhaltung aus dem Ausland.

Diese hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft kam nicht etwa daher, daß der deutsche Boden und das Klima besonders günstige Vorbedingungen schufen, vielmehr wurde sie nur durch eine ausgedehnte und zweckmäßige Anwendung von Kapital und Arbeit möglich. Der Zusammenhang zwischen der Höhe des Arbeits- und Kapitalaufwandes zeigt, daß in kulturell hochstehenden Staaten die landwirtschaftlichen Erträge in weitgehendem Maße von den natürlichen Verhältnissen unabhängig gemacht werden können und daß bei der Ertragssteigerung dem Aufwande von Kapital und Arbeit eine ausschlaggebende Rolle zufällt. Andererseits liegt jedoch hierin für uns heute eine große Gefahr. Wenn nämlich bei Eintritt von wirtschaftlichen Erschütterungen Arbeit und Kapital nicht mehr in dem bisherigen Maße aufgewandt werden können, müssen auch die Ernten in ihrem Ertrage sinken. Das geschah bei uns durch den Krieg und die Revolution; der Friedensvertrag hat dann die Schädigungen des Krieges noch weiter dauern lassen.

Im Frühjahr 1919 hat das deutsche Reichsministerium in einer Denkschrift die Schädigungen unserer Landwirtschaft im Kriege und in den folgenden fünf Friedensjahren auf 79,5 Milliarden Mark berechnet. Der Verlust an Viehbestand (Stückzahlverminderung und Qualitätsrückgang) ist auf 8,3 Milliarden berechnet. Dazu kommen die Kriegsverluste der Fleischherstellung mit einem Jahresverlust von 4,3 Milliarden Mark. Diese Verluste setzen sich fort, bis der Viehbestand seine alte Höhe wieder erreicht haben wird. Die Schädigungen dieser Nachkriegszeit setzt die Denkschrift auf etwa 15,3 Milliarden Mark an. Somit ergibt sich ein Gesamtverlust in der Fleischherstellung von 32 Milliarden und in der von der Fütterungsnot besonders betroffenen Milchherstellung von 17,4 Milliarden Mark.

Dem stellt sich die Verarmung des Bodens zur Seite, die aus der Verarmung der Boden an mineralischen Nährstoffen und an organischer Substanz sowie durch Verunreinigung entstanden ist. Das Ministerium berechnet sie auf 14,9 Milliarden Mark. Die Schädigungen des Ernteausfalles während des Krieges sind beim Weizen auf 5,4 Milliarden, bei den Kartoffeln auf 3,83 Milliarden Mark angegeben.

Noch nie ist die Notdurft eines Staates von einer Katastrophe betroffen worden, wie sie sich in diesen Jahren ausbreitete. Der Dreißigjährige Krieg brachte zwar auch eine Verheerung der Produktion größten Stils mit sich, aber die gesamte Bodenkultur befand sich damals noch nicht entfernt auf der künftlich emporgetriebenen Höhe wie in den letzten Friedensjahren.

Dazu kommen noch die geforderten Gebietsabtretungen; diese Landesteile (außer Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet) hätten nicht nur ihre 7 1/2 Millionen Einwohner, sondern außerdem noch 5,7 Millionen aus dem übrigen Reich. Ihr Produktüberschuss konnte den Monatsbedarf des ganzen Reiches, ihr Fleisch- und Kartoffelüberschuss sogar mehr als ein Monatsbedarf decken.

Ferner sind in Rechnung zu stellen die Ablesungen von Vieh und Betriebsmitteln an den Verband, die ungünstigen Bindungen unserer Zollverhältnisse, nicht zu sprechen von der Minderung an Arbeitskräften auf dem Lande durch Tod und Krankheit und Verschmämmung im Kriege.

Das gesamte deutsche Volk, auch das in den Städten, hat allen Grund, dem Wiederaufbau und der Pflege seiner aus das schwerste getroffenen Landwirtschaft als des Unterbaues seiner Wiederaufrichtung Verständnis und Sorge zu widmen. Zumal wir hier, im Gegensatz zu der in Rohstoffen und Warenabfuhr vom Auslande stark abhängigen Industrie, unser eigener Herr sind.

Vermischtes.

„Dafür dooxts aber och nisch!“ Die Geschichte ist mir — so erzählt ein Mitarbeiter — in einem mitl. deutschen Wagners und zwar in der Wagnerswirtschaft widerfahren. Ich hatte von 1/1 bis 1/2 Uhr Aufenthalt und beschloß, in besagter Wagnerswirtschaft zu Mittag zu essen. Der Ober schwänzelte heran.

„Dars ich um die Spesetarte bitten?“

„Speisgarde ham mer nisch!“

„Na, kann ich hier nichts zu essen bekommen?“

„Nu naderlich geant! Se was zu essen bekommen.“

„Na, also, das ist erentlich, was airts denn?“

„Nu, Se geant! Hammelbraten mit Gemise und Garbohel ham!“

„Schön, Herr Ober dann bringen Sie das einmol und ein Bier... das heißt, halbi Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Was kostet denn der Hammelbraten mit Gemise und Kartoffeln?“

„Dooz kost' aahn Mark.“

„So, na das ist ja nun gerade nicht billi.“

„Rich billi! Nu, dadersir dooxts och nisch!“

Ich begann einzusehen, daß der Mann die Witternis der Zeit mit Humor zu wärzen bestrebt war.

Der Kindertraum. Die Biologie des Traumes liegt noch sehr im argen; besonders der Kindertraum ist noch gar nicht erforscht. Bieleck Neues bietet ein Bericht von Dr. Reiche im „Zagl. Kort.“ über die

Versuche des englischen Forschers Dr. Kimmins erläutert. Dieser Gelehrte hat etwa 5000 Träume von Schulkindern im Alter zwischen 6 und 10 Jahren systematisch bearbeitet, und wenn er dabei auch nicht immer nach einwandfreier wissenschaftlicher Methode vorgegangen ist, so kam er dabei doch zu recht bemerkenswerten Ergebnissen. So fand Dr. Kimmins bei den jüngsten Kindern Träume von Weihnachtsen sehr zahlreich. Träume, in denen Einbrecher eine Rolle spielen, sind besonders bei siebenjährigen Kindern und zwar sowohl bei Knaben wie Mädchen häufig. In diesem Alter träumen auch die Knaben nicht selten schon vom Lichtbildtheater. Von Märchengestalten träumen die Mädchen öfter, die Knaben seltener. Schulaufgabenarbeiten beschäftigen den Traum des Siebenjährigen so gut wie gar nicht. Knosträume, in denen wilde Tiere wie Löwen oder Elefanten vorkommen, erscheinen mehr bei Knaben als bei Mädchen. Fast unaläunlich klingt die von Dr. Kimmins auf bestimmte versicherte Tatsache, daß Gespenster, der „böse Mann“, der „Bauwau“ in Kinderträumen nicht mehr auftreten, ebenso wenig Heren oder Räuber oder sonstige Fabelwesen, ein Umstand, den der Gelehrte für einen Erfolg unserer modernen Erziehung ansieht. Der Tod erscheint durchweg nur in Träumen nervöser Kinder. Begreiflich erscheint die Feststellung, daß Kinder von wohlhabenden oder reichen Leuten nicht so häufig von Spielfachen träumen wie Kinder ärmerer Eltern. Jedenfalls wird man Dr. Kimmins beipflichten, wenn er die Behauptung aufstellt, daß durch emilde Erziehung des Kindertraumes manch wertvoller Fingerzeig für die Erziehung gewonnen würde.

Blutegel und Zigaretten. Ein junger, bleicher Mann, so schreibt die „Schweizerische Arbeiter-Zeitung“, tritt in das Sprechzimmer eines Arztes. Dieser untersucht ihn. „Sind Sie Raucher?“ — „Ich rauche täglich 20 bis 30 Zigaretten.“ — „Glauben Sie nicht, daß das an Ihrem elenden Zustand schuld ist?“ — „Nicht im geringsten.“ Der Arzt schüttelt den Kopf. Er nimmt aus einem Glase einen Blutegel. „Ich will Ihnen etwas zeigen“, sagte er, „entblößen Sie Ihren Arm.“ Der Zigarettenraucher wies seinen bloßen Arm vor, und der Arzt legte den blauen schwarzen Bismarck darauf. Sofort fing dieser an zu saugen. Er wurde dicker, dann aber kam ein frampfhaftes Jucken über ihn, er fil ab — toll! „Das hat Ihr Blut an dem Tier bewirkt!“ sagte der Arzt. Er nahm den kleinen Körper zwischen Daumen und Zeigefinger. „Sie haben ihn vergiftet!“ — „Ich vermute, daß es kein gesunder Blutegel war“, sagte der Raucher mürrisch. — „Sein gesunder? Nun gut, wir versuchen es noch einmal.“ Der Arzt legte zwei andere Tiere auf des Jünglings Arm. „Wenig diese beiden auch sterben“, sagte der Kranke, „dann rauche ich halt 30 nur noch 10.“ Während der letzten Worte zuckte der kleine Blutegel und fiel ab — tot; und einen Augenblick später fiel auch der andere neben dem ersten. „Wie abscheulich“, sagte der junge Mann, „ich bin ja für Blutegel schimmer als die Pest.“ — Das ist die Wirkung des Giftes in Ihrem Blut, das sich bei allen Zigarettenrauchern findet“, sagte der Arzt. — „Herr Doktor“, erwiderte der Raucher, indem er nachdenklich die drei Blutegel betrachtete, „ich glaube nicht, Sie haben recht. Wenn dieses Gift eine so verheerende Wirkung auf ein Lebewesen auszuüben vermag, muß es auch für mich schädlich auf die Dauer gefählich werden. Ich werde Ihrem Rat folgen und das Zigarettenrauchen kliden lassen.“

Kleine Meldungen.

Berlin. Der preussische Eisenbahnminister Deseur demontiert die Mitteilung einiger Blätter über seinen bevorstehenden Rücktritt.

Berlin. Nach dem „Berl. Tagebl.“ gibt der Triester „Piccolo“ das Gerücht von einem Attentat auf den Prinzregenten von Serbien und den neuen Ministerpräsidenten wieder, wobei beide verletzt worden sein sollen. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Strasburg. Die elsässischen Blätter berichten, daß die französische Verwaltung im Elsaß beschloffen hat, einen Teil der Strasburger Festungswerke, namentlich den inneren Wall und die Stadttore niederzulegen, weil diese veraltet sind und ihren militärischen Wert verloren haben. Es wurde bereits mit der Niederlegung des berühmten Schirmtores und des Kronenburgertores begonnen.

Amsterdam. Laut „Telegraaf“ wurde im englischen Unterhaus von Seiten der Regierung mitgeteilt, daß der Kartoffelvorrat in England nicht bis zur nächsten Ernte reichen werde und daß man hoffe, den Fehlbetrag durch Einfuhr von Kanada zu beheben.

Paris. Nach einer Washingtoner Meldung des „New-York-Herald“ ist am Mittwoch dem Obersten Mar von amerikanischen Völkern in London eine Note des Präsidenten Wilson über die Abfrage überreicht worden. Darin wird die Ablehnung des Ausgleiches wiederholt.

London. In der „Morning Post“ fordert Oberst Kington, daß die Dardanellen und der Bosporus in gleicher Weise wie der Sueskanal unter eine internationale Kontrolle gestellt werden und für alle Kriegs- und Handelschiffe geöffnet bleiben. Auch Rußland soll später an dieser Kontrolle teilnehmen.

London. Der Trierrat hat beschloffen, daß am nächsten Donnerstag in London eine Konferenz der all-

ierten Finanzminister und ihrer technischen Berater statt findet. Auf dieser Konferenz sollen das Problem der Kosten der Lebenshaltung und die europäische Währungsfrage, sowie die wirtschaftlichen Mittel zu ihrer Besserung beraten werden.

Washington. Präsident Wilson hat Baimbridge Colby zum Staatssekretär ernannt.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank.

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	105,—	105,—
3 1/2	do.	91,50	91,50
3 1/2	do.	87,50	87,50
3	do.	79,50	79,50
4	Frankf. Hyp.-Bank	—,—	—,—
3 1/2	do.	95,—	95,—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	104,—	104,—
3 1/2	do.	—,—	—,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,—	79,—
4	do.	70,—	70,—
3 1/2	do.	63,—	63,—
3	do.	—,—	—,—
Devisen			
	Frankreich	994,25	995,75
	Holland	3603	3616
	Schweiz	178 1/2	178 1/2
	Schweden	1843 1/2	1840 1/2

Sozialdemokrat. Verein Nassau-Lahn.

Am Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr, findet in Nassau, Gasthaus „Zur Traube“

große öffentliche Versammlung

statt. Ref.: Stadtverordn. Genosse Witte-Wiesbaden.

Thema: Republik oder Monarchie.

Freie Aussprache.

Bürger und Bürgerinnen von Nassau und Umgebung sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

3 guterhaltene Defen

(verschiedene Systeme)

werden am Donnerstag, den 4. März, vorm. 9 Uhr, meistbietend versteigert.

Amtsgericht Nassau.

Pa. deutscher Kleesamen,

garantiert seidefrei, offeriert

Jacob Landau, Nassau (Lahn).

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

e. B. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Reines gekochtes Leinöl.

Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend

e. B. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehl. unfr. Mitgliedern:



SAMEN

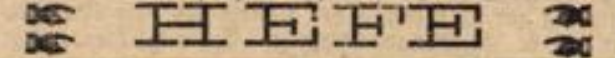
echt und hochkeimend für Feld und Garten

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

e. B. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern:



Diamantine

(Schuhcreme)

gute Qualität wieder eingetroffen.

Chr. Arzt, Nassau,

Römerstraße.

L. J. Kirdberger, Bankgeschäft,

Bad Ems

Nassauer Hof

Die Stücke der Spar-Prämienanleihe sind eingetroffen u. können ab Montag in meinen Büro-Stunden in Empfang genommen werden.

L. J. Kirdberger.

Mohrentabak

eingetroffen im

Zigarrengeschäft

Rud. Degenhardt, Nassau.

Mauerstraße 5.